

## Regierung segnet Armutsbericht ab

Schlussfolgerung war umstritten

VON TOBIAS PETER

Berlin. Ein Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in einem Wahljahr? Das barg so viel Konfliktstoff, dass es monatelanges regierungsinternes Gezerre gab. Jetzt hat das Kabinett das mehr als 600 Seiten umfassende Dokument beschlossen. Der Bericht zeige, „dass es eine verfestigte Ungleichheit bei den Vermögen gibt“, sagte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Mittwoch in Berlin. „Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Netto-Vermögens, die untere Hälfte nur ein Prozent“, fügte sie hinzu. Vor allem komme der wirtschaftliche Aufschwung nicht bei allen an. „Die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben 2015 weniger verdient als Mitte der 90er-Jahre“, betonte Nahles.

Nicht ohne Stolz verweist die Bundesregierung auf das kontinuierliche Wirtschaftswachstum, die hohe Beschäftigtenzahl und die niedrige Arbeitslosigkeit. Zugleich muss sie einräumen, dass es noch immer das Phänomen verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit gibt – mit fast einer Million betroffener Menschen. Besorgniserregend erscheint zudem, dass eine für den Bericht in Auftrag gegebene Studie ergeben hat, dass die „berufliche Aufstiegsmobilität von Generation zu Generation abgenommen hat“. Vor allem den um das Jahr 1960 geborenen Menschen sei es „häufiger gelungen, einen niedrigen beruflichen oder Bildungsstatus der Eltern- generation zu überwinden und einen Aufstieg mindestens in den mittleren Status zu erreichen“, heißt es im Regierungsbericht. Im Gegensatz dazu sei die Wahrscheinlichkeit, einen solchen sozialen Aufstieg zu erreichen, für die zwischen 1970 und 1986 geborenen nur noch etwa halb so hoch.

Die Schlussfolgerungen aus dem Armutsbericht fielen in- wie außerhalb der Bundesregierung sehr unterschiedlich aus. Die Union verwies darauf, gute wirtschaftliche Rahmendaten seien die Voraussetzung für Wohlstand. SPD-Ministerin Nahles fordert einen „Pakt für anständige Löhne – im Handel etwa, in der Pflege oder bei anderen Dienstleistungen“. Der Paritätische Wohlfahrtsverband verlangt ein Gesamtkonzept gegen Armut und Ausgrenzung.

Wie schwierig es angesichts unterschiedlicher Interessen ist, sich auf eine gemeinsame Sicht der Realität zu verständigen, hatte auch die Ressortabstimmung des Berichts in der Regierung gezeigt. So war etwa der ursprünglich vom Arbeitsministerium in den Bericht geschriebene Satz gestrichen worden: „Die Wahrscheinlichkeit für eine Politikveränderung ist wesentlich höher, wenn diese Politikveränderung von einer großen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird.“ Die entsprechende Studie der Universität Osnabrück kann natürlich trotzdem jeder nachlesen. Im Armutsbericht der Bundesregierung ist alles jetzt etwas zurückhaltender ausgedrückt.

### GABRIEL UND MÜLLER

#### Hilfsappell für Hungernde

Berlin. Außenminister Sigmar Gabriel hat gemeinsam mit Entwicklungsmminister Gerd Müller einen Hilfsappell für die Hungernden in Afrika gestartet. In Teilen Afrikas und im Jemen drohe eine Hungerkatastrophe, sagte Gabriel am Mittwoch bei einer internationalen Konferenz mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Berlin. Betroffen seien Millionen Menschen. Der „Berliner Appell“ richte sich an die internationale Gemeinschaft und auch an Privatpersonen. DPA

### POST AN MERKEL

#### Rechnung für Integration

Freiberg. In einem ganz normalen Umschlag steckte ein zweieinhalbseitiger Brief als Einleitung auf eine Rechnung über mehr als 700 000 Euro. Adressat: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Absender: Freiberg im Landkreis Mittelsachsen. Die Stadt hat Posten für Posten alle Ausgaben für die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern aufgelistet. „Wir haben uns der Herausforderung gestellt. Wir haben es gemacht und gesagt, das kostet aber Geld“, sagte Oberbürgermeister Sven Krüger (SPD) am Mittwoch. Noch habe sich das Bundeskanzleramt nicht auf seinen Brief gemeldet. DPA

### BERLINER ANSCHLAG

#### Amri war Einzeltäter

Karlsruhe. Knapp vier Monate nach dem Terroranschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 mit zwölf Toten steht aus Sicht der Ermittler fest, dass der Attentäter Anis Amri allein gehandelt hat. „Es haben sich bisher keine Anhaltspunkte dafür finden lassen, dass weitere in Deutschland ansässige Personen in die Tatvorbereitung oder die Tatausführung eingebunden waren“, heißt es in einer Erklärung zum Stand der Ermittlungen, die Generalbundesanwalt Peter Frank am Mittwoch verbreitete. DPA

# Deutsche wollen öfter aufs Auto verzichten

Studie zu Umweltbewusstsein: Mehrheit der Pkw-Fahrer für Umstieg auf öffentlichen Nahverkehr oder Rad

VON MELANIE REINSH  
UND MARLO MINTEL

Berlin/Bremen. Das Auto ist für viele Deutsche mehr als nur ein Fortbewegungsmittel. Es ist Luxus- und Prestigeobjekt, soll manchem Fahrer das Gefühl von Freiheit vermitteln. Knapp 46 Millionen angemeldete Autos gab es zum 1. Januar 2017 in Deutschland. Und trotzdem: Laut einer neuen repräsentativen Studie des Umweltministeriums und des Umweltbundesamtes will die Mehrheit der Deutschen nicht mehr so stark aufs Auto angewiesen sein: 91 Prozent gaben an, dass das Leben besser werde, wenn der oder die Einzelne nicht mehr auf ein Auto angewiesen sei. 79 Prozent wünschen sich eine Stadtentwicklung, die die Alternativen zum Auto stärkt.

Momentan nutzen 70 Prozent der Befragten für ihre Wege im Alltag täglich oder mehrmals in der Woche das Auto. Regelmäßige Autofahrer sind aber bereit, unter bestimmten Voraussetzungen mehr zu Fuß zu gehen (drei Viertel) oder mit dem Rad zu fahren (zwei Drittel). „Die Menschen sind bereit, auf das Auto zu verzichten, aber sie brauchen gute Alternativen: weniger Autos, einen leistungsfähigen und günstigen öffentlichen Nahverkehr, gute und sichere Fahrradwege“, sagte Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Das sei eine starke und wichtige Botschaft sowohl für die Umweltpolitik als auch für die Stadtentwicklungspolitik. „Sie wird uns Rückenwind geben in unserem Einsatz für die Stadt der kurzen Wege, für neue Radwege und nachhaltige Mobilität“, erklärte Hendricks weiter.

#### Kritik am Verkehrsminister

Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender der Grünen, betonte, dass der Bedarf an attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln, an mehr und besseren Radwegen so groß sei wie „die Abneigung des Verkehrsministers, dafür zu investieren“. „So ist der Stillstand dieser Koalition bei der Verkehrswende vorprogrammiert – allen Äußerungen von Frau Hendricks zum Trotz. Wenn Herr Döbrindt endlich seinen Maut-Murks beenden würde, könnte er sehen, wie groß der Nachholbedarf für gesunde, umweltfreundliche und stadtvorbereitende Mobilität ist“, so Hofreiter.

Ebenso kritisierte Herbert Behrens, Bundestagsabgeordneter (Die Linke) aus Osterholz-Scharmbeck, die Bundesregierung. „Sie missachtet den Willen der Bevölkerung in Sachen Mobilität. Die Menschen sind bereit, vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr und das Fahrrad umzusteigen.“ Behrens fordert mehr Aktivitäten beim



Das wachsende Pkw-Aufkommen blockiert auch die öffentlichen Verkehrsmittel.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Ausbau von Angeboten: „Der Bau von 25 bis 50 Kilometern Fahrradschnellweg im Jahr 2017 für bis zu 25 Millionen Euro kann es ja wohl nicht gewesen sein.“

Solche Fahrradschnellwege sind auch in Bremen geplant. Der Kommunalverbund Niedersachsen-Bremen will sogenannte „Premium-Verbindungen“ schaffen, die auf schnelleren und besonders viel Radverkehr ausgelegt sind. Der Plan dafür soll im kommenden Jahr fertig sein, heißt es vonseiten der Organisation. Jens Tittmann, Sprecher des Bremer Bauressorts, sieht sich in den Ergebnissen der Studie des Umweltministeriums bestätigt: Die Nachfrage nach mehr Mobilität sei vorhanden. „Genau das ist der Grund, warum wir Straßenbahnlinien erwei-

tern und warum wir insgesamt den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen“, erklärte Tittmann.

„Wir haben Zuwächse bei den Fahrgastzahlen“, sagte Andreas Holling von der Bremer Straßenbahn AG (BSAG). Von 2005 bis heute seien die Zahlen pro Jahr von knapp 97,5 Millionen Fahrgästen auf etwa 104 Millionen Euro gestiegen. Darin enthalten ist auch die Zahl der Flüchtlinge, die den öffentlichen Nahverkehr nutzen. „Wir haben keine wirkliche Erhebung, wer mit uns fährt“, erläuterte Holling. Das Ergebnis der Studie sei mit Vorsicht zu genießen. „Die Wechselwilligkeit bewerten wir grundsätzlich positiv, wobei bei solchen Umfragen immer so eine Frage zwischen der befragten

und tatsächlichen Wechselwilligkeit besteht.“

Schließlich bleibt das Auto für die Befragten das wichtigste Verkehrsmittel. Nur jeder Dritte nutzt demnach mehrmals die Woche das Fahrrad, öffentliche Verkehrsmittel nur jeder Fünfte. „Die gute Nachricht ist aber: Wir beobachten einen signifikanten Bewusstseinswandel“, sagte Ministerin Hendricks. Und hier sieht sich Bremen als Vorreiter. Jens Tittmann: „Ich glaube, dass Bremen hier dem deutschen Bewusstsein schon immer ein Stück voraus war. Bremen ist eine deutsche Fahrrad-Hauptstadt.“ Was die Nutzung des Fahrrads betrifft, sei Bremen schon immer „extrem vorbildlich und aufgeschlossen gewesen“.

## Kommunen wehren sich gegen Entmachtung

Warum die Verfassungsrichter in Karlsruhe über die Kita-Verantwortlichkeit entscheiden müssen

VON ANJA SEMMELROCH

Karlsruhe. Die Gemeinden in Sachsen-Anhalt mussten ihre Zuständigkeit für die Organisation der Kinderbetreuung an die Landkreise abgeben – und wehren sich dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht. Landesministerin Petra Grimm-Benne (SPD) verteidigt die Reform: „Wir wollten optimale Hilfe durch gebündelte Zuständigkeit.“ Am Mittwoch hat Karlsruhe über die Klage (Az. 2 BvR 2177/16) verhandelt. Das Urteil könnte die Position von Kommunen auch in anderen Bundesländern stärken.

#### Worum geht es?

Seit August 2013 haben alle Kleinkinder Anspruch auf Betreuung in einer Kita oder bei einer Tagesmutter. Was in manchen Bundesländern eine gewaltige Herausforderung war, machte in Sachsen-Anhalt keinen großen Unterschied. Wegen der guten Infrastruktur noch aus DDR-Zeiten konnten berufstätige Mütter und Väter dort schon vorher ihre Kinder bis zu zehn Stunden am Tag betreuen lassen. Mit der Reform wurde unter anderem noch das Personal in den Kitas aufgestockt, und die Kreise bekamen die Zuständigkeit.

Wilhelmshaven. Es ist ziemlich zügig auf dem Vordeck der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“. Das Schiff liegt am Kai des Marinestützpunktes Wilhelmshaven. Rund 30 Zivilisten kommen aus dem Inneren des Schiffs. Auf dem Deck stehen junge Leute, Männer und Frauen – so um die 20 Jahre, einige jünger, einige älter. Sie sind Teilnehmer des ersten IT-Cyber-Camps, mit dem die Bundeswehr den dringend benötigten IT-Nachwuchs anwerben will.

Mit der am 5. April von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in Dienst gestellten neuen Cyber-Truppe CIR haben die jungen Leute nicht so viel zu tun. Sie sind natürlich alle IT-affin, wollen sich aber zuallererst mal auf einer Fregatte umsehen und sich über die Marine informieren. Sie besichtigen die Kommandobrücke, das Operationszentrum und den Leitstand. „Kann ich mir schon vorstellen“, sagt Nils Groß (19), der bei der Bundeswehr in der Eifel eine zivile Ausbildung als Elektroniker für Geräte und Systeme absolviert. In rund einem Jahr muss er sich entscheiden,

#### Weshalb sorgt das für Streit?

Die Gemeinden fühlen sich zu Unrecht ausgebootet. Sie sind der Meinung, dass sie vor Ort am besten beurteilen können, welche Kitas gebraucht werden und wo ein Kind gut aufgehoben ist. Das neue Kinderförderungsgesetz (Kifög) hat aus ihrer Sicht nur eins gebracht: jede Menge Probleme und Bürokratie. Zu allem Überfluss sollten die Kommunen auch noch auf einem Teil der Kosten sitzenbleiben. Diese Regelung hat das Landesverfassungsgericht allerdings bereits 2015 gekippt. Das Gesetz muss also auf jeden Fall überarbeitet werden.

#### Warum sind Kitas in Sachsen-Anhalt ein Fall für Karlsruhe?

Den Städten und Gemeinden dürfen nicht ohne Weiteres Aufgaben entzogen werden. Sie haben ein Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Das Grundgesetz garantiert ihnen, dass sie „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ eigenverantwortlich regeln dürfen. Ähnlich steht das in den meisten Landesverfassungen. Mit drei Ausnah-



Petra Grimm-Benne

FOTO: DPA

men: Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Dort haben Kreise und Gemeinden rechtlich den gleichen Rang. Gegen die neuen Kita-Zuständigkeiten hatten die Landesverfassungsrichter deshalb nichts einzuwenden. Karlsruhe könnte das aber anders sehen.

#### Wieso ist das bundesweit interessant?

Bisher hatte in vergleichbaren Fällen das jeweilige Landesverfassungsgericht das letzte Wort. Hans-Günter Henneke vom Deutschen Landkreistag sieht gute Chancen, dass Karlsruhe von diesem Prinzip nun abrückt. Dann könnten Kommunen insgesamt häufiger vors Bundesverfassungsgericht ziehen – nämlich immer dann, wenn die Landesverfassung etwas anderes sagt als das Grundgesetz.

#### Wie geht es jetzt weiter?

Die Verfassungsrichter ließen keine Tendenz durchblicken. Nun beraten die Richter im Geheimen. Das Urteil dürfte in einigen Monaten zu erwarten sein.

## 1800 Jobs im Angebot: Bundeswehr sucht IT-Experten

VON HELMUT REUTER

ob er bei der Bundeswehr bleibt oder in die Privatwirtschaft wechselt.

„Das sind ja keine Nerds, die Cola-trinken und Chips-essend nächtelang vor dem Rechner sitzen“, korrigiert Kapitänleutnant Dominik Hagenah vom Bundeswehr-Karrierecenter das Klischee über Hacker und Computer-Freaks. Vielleicht sucht die Bundeswehr auch solche Nerds, denn sie will



Nils Groß hat sich auf der Fregatte über Anforderungen der IT-Arbeit informiert. FOTO: DPA

sich besser und effizienter gegen Hacker-Angriffe schützen. Dazu wurde die neue Einheit CIR in Dienst gestellt. Schon im Juli soll sie 13 500 Soldatinnen und Soldaten zählen, die aus den verschiedensten Bereichen der Bundeswehr unter das Cyber-Kommando gestellt werden. Die Bundeswehr bemüht sich sichtlich um die IT-Community. „Das machen wir gerade auch durch Aktionen wie das IT-Cyber-Camp“, erklärt Hagenah. Aktuell sucht die Bundeswehr rund 1800 Fachkräfte. Im Angebot: 1000 Stellen als IT-Soldaten und 800 militärische und zivile Stellen als IT-Administrator.

Damit steht die Bundeswehr nicht alleine da. Laut der jährlichen Umfrage des Digitalverbandes Bitcom gab es im November 2016 rund 51 000 offene Stellen für IT-Spezialisten. Das waren 20 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Hintergrund ist die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft. „Finanziell können wir natürlich nicht unbedingt mithalten“, räumt Hagenah ein.

In der Job-Beschreibung für die neue Cyber-Truppe der Bundeswehr steht im Grundsatz: Hacker-Angriffe abwehren und im Bedarfsfall Netzattacken ausführen. Aus Sicht

## Studie: Junge Leser wollen Perspektiven

Berlin. Jugendliche und junge Erwachsene wünschen sich weniger negative Nachrichten. Stattdessen erwartet die Generation der sogenannten Millennials, die mit dem Internet groß geworden ist, von den Medien, auch Lösungsansätze vorgestellt zu bekommen. Das sind Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), die die Kommunikationswissenschaftler Leif Kramp und Stephan Weichert am Mittwoch in Berlin vorgestellt haben.

Zeitungsinhalte seien für die zwischen 1981 und 2000 geborenen Millennials durchaus wichtig, gerade aus Interesse an glaubwürdigen Nachrichten, sagte Weichert. Sie seien auch in der Lage, Nachrichtenquellen zu hinterfragen und legten Wert darauf, dass Nachrichten und Unterhaltung nicht einfach vermischt würden, erläuterte Kramp. Zeitungsjournalismus bleibe daher wichtig – allerdings nicht unbedingt auf Papier, betonte Weichert. „Nachrichten erreichen junge Leute vor allem über soziale Medien.“ Die Bereitschaft, für journalistische Inhalte zu bezahlen, schätzen die beiden Wissenschaftler insbesondere bei den unter 30-Jährigen skeptisch ein. Trotzdem gebe es Hinweise auf positive Entwicklungen. DPA

des Chaos Computer Clubs (CCC) ist das alles andere als ein positiver Trend. „Ich bin enttäuscht, dass das schöne Internet zum Kriegsschauplatz entwickelt wird. Da hätte ich mir von der Menschheit mehr erwartet“, kritisiert CCC-Sprecher Linus Neumann. Auch wenn die politische Einflussnahme durch das Netz zugenommen habe, seien regelrechte Sabotage-Akte durch Länder im Netz doch eher selten. „Jeder weiß, damit würde man die Büchse der Pandora öffnen“, so Neumann. Sabotage im Netz werde als kriegerischer Akt wahrgenommen.

Von Cyber-Attacken auf die Bundeswehr – immerhin über 280 000 in den ersten zwei Monaten 2017 – hat der Kommandant auf der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ bislang nichts gemerkt. „Das Schiff ist sicher“, sagt Fregattenkapitän Christian Schultze. Auch er sucht für seine Mannschaft noch IT-Experten, die sich in der virtuell-digitalen Welt auskennen. Die Realität lernen sie dann beim Einsatz auf hoher See kennen. Die „Mecklenburg-Vorpommern“ läuft im August wieder ins Mittelmeer aus, um an der Operation „Sophia“ gegen Schleuserkriminalität teilzunehmen.